



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 10156 | 29. WOCHE | 35. JAHRGANG

MONTAG, 15. JULI 2013 | WWW.TAZ.DE

€ 2,10 AUSLAND | € 1,60 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



UMWELTSCHUTZ
Vor den Küsten der Antarktis soll das größte Meeresschutzgebiet der Welt entstehen

> SEITE 3, 12

TUNESIEN Opposition protestiert gegen Islamisierung > SEITE 11

BERLIN So klappt das mit dem Ökostrom bei den neuen Stadtwerken > SEITE 21

Fotos: Leemage/afp; imago

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Nach seinem Riesen-Skandal-Rap „Stress ohne Grund“ hat Riesen-Skandal-Rapper Bushido über seinen Riesen-Skandal-Twitter-Account angekündigt, bald den nächsten Riesen-Skandal-Song zu bringen. Im Song „Stress ohne Scheiß“ werde er besingen, wie geil es sei, kleinen Kindern ihr Eis wegzunehmen, mit Flugzeugen in Hochhäuser zu fliegen und bei der Verleihung des „Integrations-Bambis“ auf der Bühne zu furzen. Zudem nehme er Anträge auf Schmähungen an. Bislang hätten sich Bettina Wulff, Cem Özdemir, Campino und Markus Lanz bei ihm gemeldet.

Aber da sei noch Riesen-Skandal-Luft nach oben.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 12.896 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90 fax 030 | 25 1 06 94 anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

Der Depp vom Dienst

SPIONAGEAFFÄRE Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich erntet Kritik und Spott für seine USA-Reise – zu Recht? Geheimdienstenthüller Edward Snowden will vorübergehendes Asyl in Russland – mit welchen Folgen? > SEITE 4



NSU, NSA – Hans-Peter Friedrich muss immer ran, wenn etwas mit „NS“ beginnt Foto: Shawn Thew/dpa

WASHINGTON/BERLIN dpa/taz | Der Minister selbst zeigte sich hinterher zufrieden. Es gebe keine Bestätigung, dass deutsche Behörden durch Spähprogramme des US-Geheimdienstes abgehört wurden, sagte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich nach seinem Kurzbesuch am Wochenende in Washington. Es habe auch keine Industriespionage gegen deutsche Unternehmen gegeben. Und überhaupt werde die amerikanische Regierung künftig ganz bestimmt besser über die Erkenntnisse ihrer Geheimdienste informieren. Weniger angetan ist indes die Opposition, die den Minister mit Kritik überschüttet.

Dabei steht die Affäre um die Spionagetätigkeit des US-Nachrichtendienstes NSA womöglich erst noch am Anfang. Dem Guardian-Journalisten Glenn Greenwald zufolge besitzt der ehemalige US-Agent Edward Snowden weit mehr brisantes Material, als er bisher preisgegeben hat. „Snowden besitzt genügend Informationen, um der US-Regierung innerhalb einer Minute mehr Schaden zuzufügen, als es jede andere Person in der Geschichte der USA jemals getan hat“, sagte Greenwald der argentinischen Zeitung La Nación.

KOMMENTAR VON ASTRID GEISLER ÜBER BUNDESINNENMINISTER HANS-PETER FRIEDRICH

Von den Zuständigen keine Spur

Seit dem Wochenende hat die Netzwelt ihren neuen Lieblingsdeppen gefunden: Auf Twitter und in Blogs wird lustvoll über Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hergezogen – weil der sich bei seinem Kurztrip in die USA von den amerikanischen Freunden für dumm habe verkaufen lassen und weil er vom Internet schon gar nichts verstehe.

Der CSU-Mann aus Franken steht als Prügelknabe da. Das ist einerseits inhaltlich nachvollziehbar und doch bemerkenswert: Denn Friedrich ist als Innenminister nur für die beim Verfassungsschutz angesiedelte Spionageabwehr zuständig, nicht jedoch für den Bundesnachrichtendienst und die Geheim-

dienstkoordination. Beides gehört zu den Aufgaben des Kanzleramts. Damit müsste die brisante Angelegenheit also eigentlich Chefsache sein. Angela Merkel aber ist, ebenso wie der für die Geheimdienstarbeit zuständige Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, in der NSA-Affäre bislang kaum in Erscheinung getreten. Oder hat jemand in den vergangenen Wochen einen erhellenden Beitrag Pofallas zur Rechtmäßigkeit der millionenfachen Auswertung von Telekommunikationsdaten deutscher Bürger durch die US-Geheimdienste vernommen? Unlängst nach seiner geheimen Befragung durch das Parlamentarische Kontrollgremium im Bundestag ließ sich Merkels Mann für

die Geheimdienste zu ein paargestelzten Grundsatzbemerkungen vor laufenden Kameras hinreißen, bevor er eilig wieder ins Kanzleramt abtauchte.

Aus Sicht der CDU-Wahlkampfstrategen ist diese Rollenverteilung nur zu vernünftig. Denn im beginnenden Bundestagswahlkampf ist die Spähaffäre bislang das einzige Thema mit größerem Risikopotenzial für Merkel. Sie muss also versuchen, die öffentliche Empörung

kleinzuhalten, und das Thema möglichst weit weg vom Kanzleramt und ihrer Person. Ja, Merkel und ihren Wahlkampfstrategen könnte zurzeit kaum Besseres passieren als eine Öffentlichkeit, die sich auf den Innenminister einschießt.

Friedrich, der auch schon das Auffliegen der rechtsextremen NSU-Terrorzelle samt einer Unzahl von Verfassungsschutzpannen weggesteckt hat, ist in dieser Geheimdienstaffäre der nützliche Idiot der Regierung. Er lenkt von den Verantwortlichen ab, die im Kanzleramt sitzen und hoffen müssen, dass sich niemand mehr über die NSA aufregen mag, wenn Mitte August Merkels große Wahlkampfturnee startet.

Der Innenminister opfert sich als nützlicher Idiot für die Regierung Merkel

Freispruch für Todesschützen

USA Rassismus oder tragischer Fall? Ein Geschworenengericht befindet den Mann, der den Teenager Trayvon Martin erschossen hat, für unschuldig

SANFORD *afp/taz* | Im Prozess wegen des Todes des schwarzen Teenagers Trayvon Martin haben die Geschworenen nach 16-stündiger Beratung den angeklagten Nachbarschaftswächter George Zimmerman freigesprochen. Richterin Deborah Nelson sagte in Sanford im Bundesstaat Florida zu Zimmerman, sie habe die Entscheidung der Geschworenen bestätigt, weshalb er den Gerichtssaal als freier Mann verlassen könne.

Die sechs Frauen in der Jury, fünf Weiße und eine Frau mit lateinamerikanischen Wurzeln, mussten einstimmig über Schuld oder Unschuld Zimmermans entscheiden. Bei einem Schuldspruch hätte dem 29-jährigen, der ebenfalls einen lateinamerikanischen Hintergrund hat, lebenslange Haft gedroht.

Seit dem Mordprozess gegen den ehemaligen Footballstar O. J. Simpson, dessen Freispruch im Jahr 1995 Ausschreitungen aus-

löste, hat kein Gerichtsverfahren in den USA für so viel Aufregung gesorgt wie der Prozess wegen des tragischen Todes von Trayvon Martin. Hunderte Demonstranten, die sich vor dem Gericht versammelt hatten, reagierten empört und riefen: „Keine Gerechtigkeit, kein Frieden!“ Zudem gab es spontane Proteste in San Francisco, Philadelphia, Chicago, Atlanta und Washington.

> Der Tag SEITE 2
> Meinung + Diskussion SEITE 12

Gas und Gummi

TÜRKEI Ein normales Wochenende: Erdogan hetzt, die Polizei schlägt zu. Gern auch gegen Journalisten

ISTANBUL *taz* | In Istanbul und Ankara sowie in Eskisehir im Westen und Antakya im Süden des Landes ist die türkische Polizei am Wochenende erneut mit Wasserwerfern, Reizgas und Gummigeschossen gegen regierungskritische Demonstranten vorgegangen. In Istanbul griffen zudem zivile Schläger Demonstranten an. „Die Antwort auf Gewalt ist Gewalt“, hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan bei einer Rede im osttürkischen

Bingöl gesagt. Wie immer seit der Räumung des Geziparks Mitte Juni ging die Gewalt auch dieses Mal von der Polizei aus.

Deren Opfer werden immer häufiger Journalisten. „Ich habe den Eindruck, dass sich die Polizei vom Hinweis auf die Presse nicht abhalten lässt, sondern dies als Einladung zum Zuschlagen auffasst“, sagte ein türkischer Journalist der taz.

> Ausland SEITE 10
> Flimmern + Rauschen SEITE 18



PORTRAIT



Päivi Räsänen sorgt mit missionarischem Eifer für Verstimmung F.: KD

Die bibeltreue Innenministerin

Päivi Räsänen dürfte das teuerste Mitglied der finnischen protestantischen Kirche sein. Die 53-jährige Innenministerin, zuständig auch für Kirchenfragen, hat in der vergangenen Woche für eine neue Welle von Kirchaustritten gesorgt. Und damit jährliche Kirchensteuerverluste für die evangelisch-lutherische Kirche in Höhe von mehreren hunderttausend Euro verursacht.

Schon vor drei Jahren führten Räsänens Äußerungen in einer Talkshow dazu, dass binnen zehn Tagen so viel FinnInnen ihren Kirchaustritt erklärten wie sonst in einem ganzen Jahr: 34.000. Der Verlust der Kirchensteuereinnahmen pro Jahr beläuft sich auf 8 Millionen Euro. Räsänen hatte damals Homosexualität als Sünde und gleichgeschlechtliche Paare als „schlechtere Eltern“ bezeichnet; jetzt proklamierte sie, die Lehren der Bibel stünden über der weltlichen Gesetzgebung.

Die Bibel, das eigentliche Gesetzbuch Finnlands? Zwar versuchte die Ministerin, ihre Aussage, für die sie von ihrer Kabinettskollegin und Justizministerin heftig kritisiert wurde und die sie nach Meinung vieler Verfassungsjuristen als Innenministerin eigentlich ganz unmöglich gemacht hat, später doch deutlich zu relativieren. Ihre Aussage habe sich etwa auf Deutschland während der Nazi-Herrschaft bezogen oder auf das Recht finnischer Ärzte, Abtreibungen zu verweigern. Doch ihr Vergleich von Abtreibungsrecht mit Tierschutzgesetzgebung sowie ihre Einschätzung, der Fötus sei in Finnland weniger geschützt als ein Tier durch den Tierschutz, führte erst recht zu einer neuen Kontroverse.

Die Ärztin, Mutter von fünf Kindern, verheiratet mit einem Pastor, wettet gegen Abtreibungen, gleichgeschlechtliche Liebe und meint, Finnland solle christliche Flüchtlinge bevorzugen. Sie profilierte sich aber auch als Verbotsministerin, indem sie einen zu „lustbetonten“ Lebensstil kritisierte. Ihre Vorstöße für ein Verbot des Alkoholausschanks nach Mitternacht und für ein Bierverbot auf den Rängen der Eishockeystadien werde vermutlich nur bewirken, dass die Christdemokraten ihren Status als marginalisierte 4-Prozent-Partei nie verbessern würden, meinte die Zeitung *Hufvudstadsbladet*. **REINHARD WOLFF**

taz.blog

Reptilienfonds

Leistenkrokodil und Nasenfrosch, Kai Diekmann und Eva Herman, Wickelschwanzkink und Weddinger – Heiko Werning über das tägliche Fressen und Gefressenwerden blogs.taz.de

NACHRICHTEN

POLEN

Schächtungsverbot stößt auf Kritik

WARSAU | Das Schächtungsverbot in Polen hat einen Sturm der Entrüstung unter Juden ausgelöst. Ronald Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, zeigte sich in einer am Samstag veröffentlichten Stellungnahme „ungeheuer enttäuscht“. Die Antidiffamierungsliga (ADL) kritisierte die Entscheidung des polnischen Parlaments, keine rituellen Schlachtungen zuzulassen, als einen klaren Verstoß gegen die Religionsfreiheit und einen Schlag gegen die Zukunft der Juden in Polen. Ein nationalkonservativer Abgeordneter nannte die Reaktionen „hysterisch“.

Die Regierung hatte erst die Schlachtung von Tieren in Schlachthöfen erlauben wollen, erlitt aber eine Abstimmungsniederlage. Lauder sagte: „Diese Entscheidung ist ein Schlag in das Gesicht von Juden und Muslimen gleichermaßen.“ Wirtschaftsminister Piechocinski befürchtet, dass nun Entschädigungsklagen der Fleischindustrie drohen. Bisher stammten etwa 30 Prozent polnischer Rindfleischexporte aus „rituellen“ Schlachtungen. Abnehmer waren vor allem Israel, die Türkei und arabische Staaten. (dpa) Mehr auf taz.de

HAASENBURG-HEIME

Ministerin gegen sofortige Schließung

POTSDAM | Brandenburgs Bildungsministerin Martina Münch (SPD) lehnt eine sofortige Schließung der Haasenburg-Heime nach den Misshandlungsvorfällen ab. Die Frage sei, was dann mit den dort untergebrachten jungen Menschen passieren könne, sagte die Ministerin dem Radiosender NDR Info. Eine von ihr eingesetzte Kommission untersucht, wie das Konzept der Heime zu bewerten ist. Ende des Jahres werde mit Ergebnissen gerechnet, so die Ministerin. (dpa) Mehr auf taz.de/haasenburg

LERNEN SIE UNS KENNEN

Der taz folgen mehr als 115.000 auf twitter.com/tazgezwitscher und über 43.000 Fans auf facebook.com/taz.kommune. Diskutieren Sie mit uns!

Twitter & Facebook

www.taz.de

COMMERZBANK

Schäuble sucht Käufer für Staatsanteile

FRANKFURT | Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sucht einen Käufer für die restlichen Staatsanteile an der Commerzbank. Er habe bereits bei der Schweizer Großbank UBS ein mögliches Interesse an der Übernahme der zweitgrößten deutschen Bank sondiert, berichtete der *Focus* gestern ohne Angabe von Quellen. Der Anteil des Bankenrettungsfonds SoFFin von gut 17 Prozent an der Commerzbank ist an der Börse derzeit rund 1,2 Milliarden Euro wert, die ganze Bank 6,8 Milliarden. (rtr)

Todesschütze von Florida ein freier Mann

URTEIL Ein US-Gericht in Sanford/Florida erklärt den weißen George Zimmerman, der im Jahr 2012 den unbewaffneten schwarzen Teenager Trayvon Martin mit einem Schuss ins Herz umbrachte, für unschuldig

AUS WASHINGTON DOROTHEA HAHN

Der Killer von Trayvon Martin ist unschuldig. Der 29-jährige Nachbartschaftswächter George Zimmerman, der den 17-jährigen unbewaffneten Jungen in der Nacht vom 26. Februar 2012 in einem Vorgarten in Sanford erschoss, hat nicht gegen das Recht verstoßen. So haben es die sechs Geschworenen in Florida am Samstag entschieden. George Zimmerman durfte das Gericht als freier Mann verlassen, während draußen vor dem Gericht Tränen flossen und Wutschreie ertönten.

Nach dem tödlichen Schuss in das Herz des unbewaffneten schwarzen Teenagers, der Bonbons und ein Erfrischungsgetränk gekauft hatte und sich an dem regnerischen Abend auf dem Heimweg befand, waren zahlreiche kaum verheilte Wunden in den USA wieder aufgerissen. Der Todesschütze, ein weißer Mann mit einem aus den USA stammenden Vater und einer Mutter aus Lateinamerika, hatte geltend gemacht, er habe aus „Selbstverteidigung“ geschossen. Die Polizei von Sanford nahm ihn nicht einmal fest, sondern ließ ihn zunächst eineinhalb Monate lang in Freiheit. Florida ist einer jener US-Bundes-



Bleibt unbefragt: George Zimmerman (29) erschoss den 17-jährigen Trayvon Martin, der auf dem Nachhauseweg war Foto: ap

staaten, in denen es legal ist, in Selbstverteidigung zu schießen – und zu töten.

Angesichts der untätigen örtlichen Polizei brachen US-weit Proteste aus. Menschenrechts-

gruppen und schwarze Bürgerrechtsgruppen sprachen von einem „rassistischen Verbrechen“. Im Kongress sprach der schwarze Abgeordnete aus Chicago, Bobby Rush, von einer „amerikani-

schen Tragödie“, die sich vielfach auf den Straßen seines Landes wiederhole.

Erst nach der nationalen Empörung musste der Polizeichef von Sanford zurücktreten. Der Schwurgerichtsprozess gegen Zimmerman wurde zu einem nationalen Ereignis. Fernsehkameras übertrugen Bilder der Mütter des Getöteten und des Todes-

Florida ist einer jener US-Staaten, in denen es legal ist, in Selbstverteidigung zu töten

schützen in die Wohnzimmer des Landes.

Kurz vor seinem Tod telefonierte der 17-Jährige mit seiner Freundin Rachel Jeantel. Die heute 19-jährige Afroamerikanerin sagte dem Gericht, Trayvon habe ihr von einem „creepy-ass cracker“ erzählt, der ihn im Auto verfolge – ein Slangausdruck für einen weißen Rassist. Zimmerman seinerseits hatte den Jungen mit der Kapuzenmütze, der vom Einkaufen zurückkam, „verdächtig“ gefunden, war ihm hinterhergefahren und telefonierte aus seinem Auto mit der Polizei. Dort erhielt der Nachbartschaftswächter, der selbst gern

Polizist geworden wäre, die Auskunft, es sei nicht nötig, dass er aus dem Auto aussteige.

Doch Zimmerman stieg aus. Und es kam zu einer Konfrontation zwischen dem schwächlichen Teenager und dem breitschultrigen 29-Jährigen auf einer Wiese neben einem Bürgersteig, zu der es bei dem Prozess dramatische und widersprüchliche Zeugenaussagen gab. Eine Anwohnerin, die das Geschehen aus ihrem Fenster verfolgte, rief die Notrufnummer 911 an. Vor Gericht ist das aufgezeichnete Gespräch mehrfach abgespielt worden. Darauf sind Hilferufe zu hören. Sowohl die Mutter des Toten als auch die Mutter des Todesschützen identifizierten die Stimme des Hilferufenden als die Stimme ihres Sohns.

Die sechs Frauen, darunter fünf weiße, die als Geschworene das Urteil fällten, sind anonym geblieben. Sie haben ihre Entscheidung nicht vor der Presse begründet. Nach dem Freispruch droht Zimmerman nun ein Zivilprozess, der ihn zumindest finanziell ruinieren könnte. Angesichts der Wut mahnte der schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson am Sonntag: „Vermeidet Gewalt in dieser Verzweiflung. Das wird zu noch mehr Tragödien führen.“

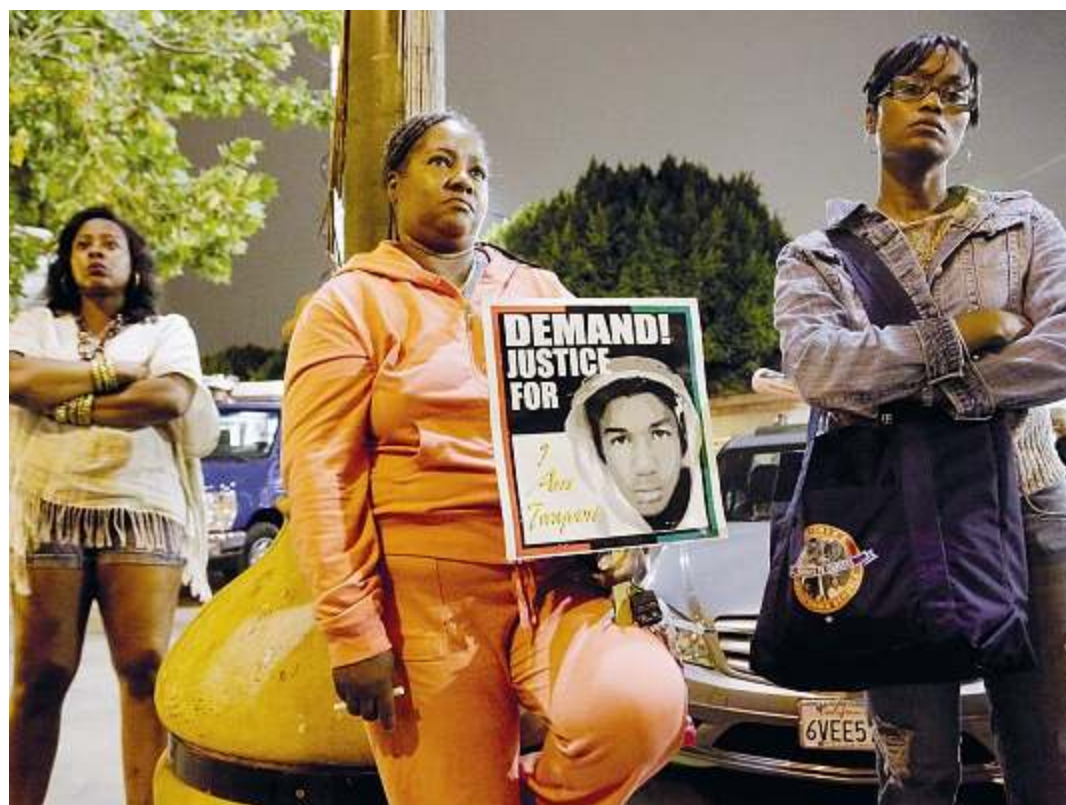
THEMA DES TAGES

Ein „Schlag ins Gesicht“ des amerikanischen Volks

REAKTIONEN Proteste gegen den Zimmerman-Freispruch bleiben friedlich. Kein Kommentar von US-Präsident Obama

BERLIN taz | Bürgerrechtler und Vertreter der schwarzen Minderheit haben auf den Freispruch für George Zimmerman empört reagiert. Der Fall belebt die alte Diskussion über Rassismus, die Grenzen von Notwehr und das Justizsystem. Der New Yorker Bürgerrechtler Al Sharpton sprach von einem „Schlag ins Gesicht“ des amerikanischen Volks. Das Urteil dürfe keinen Bestand haben, forderte er. „Bin nicht überrascht. Das Leben Schwarzer hat in diesem Land keinen Wert“, twitterte Rapper QTip.

In mehreren Städten kam es zu Protesten, darunter in New York, Chicago, San Francisco, Philadelphia, Washington und Atlanta. In Sanford in Florida demonstrierten etwa 200 Menschen. Bei einer Aktion in Oakland bei San Francisco mit mehreren hundert Menschen gingen einige Fensterscheiben zu Bruch. Ansonsten blieben es durchweg friedlich. Ein Anwalt der Opferfamilie, Benjamin Crump, hatte



Los Angeles: Jacki Vanderbilt (Mitte) und Pat Logan verlangen im Leimert-Park Gerechtigkeit Foto: reuters

zuvor zur Zurückhaltung aufgefordert. „Damit Trayvon in Frieden ruhen kann, müssen wir alle friedlich bleiben“, sagte er in Florida. Protestplakate verkündeten „Nur weißes Leben wird in Amerika geschützt“ und forderten: „Stoppt die Kriminalisierung schwarzer Männer“.

„Die grundsätzliche Gefahr dieses Urteils besteht nicht in mehr Ausschreitungen sondern in mehr George Zimmermans“, sagte der New Yorker Radiomoderator Jay Smooth, der damit auf die Tätigkeit des Freigesprochenen als Nachbartschaftswächter anspielte. Andere Kritiker erinnerten an den Fall einer Frau, die 2012 zu 20 Jahren Haft verurteilt worden war. Sie hatte nur einen Warnschuss auf ihren gewalttätigen Ehemann abgegeben. Stumm blieb hingegen einer, den der Tod Trayvon Martins vor über einem Jahr noch beschäftigt hatte: „Wenn ich einen Sohn hätte“, sprach damals US-Präsident Barack Obama, „dann sähe er wie Trayvon aus.“ **KLH**



Meeresschätze

Der Druck auf Pflanzen und Tiere in der Antarktis wächst. Wie können sie erhalten werden? Zwei Vorschläge werden debattiert



Die Antarktis wird populär auch als Tourismusziel: Fotosafari zum Seehund-Knipsen auf einer Eisscholle bei den Enterprise-Inseln Foto: Michael S. Nolan/agefotostock/Avenue Images

Ein Klub entscheidet

GESCHICHTE Vom Militär zum Umweltschutz

STOCKHOLM taz | Die Kriegsmarine Hitlerdeutschlands, der sowjetische Sputnik und der Kalte Krieg: Alle haben Anteil am Schutz der Antarktis. Dabei spielten Umwelterwägungen eine völlig untergeordnete Rolle, als die „Mutter“ des Vertragswerks ausgehandelt wurde, das jetzt für den kältesten, windigsten und niederschlagärmsten Kontinent unseres Planeten gilt. Die „Erhaltung und Schutz der lebenden Schätze in der Antarktis“ taucht in dem 1961 in Kraft getretenen „Antarktis-Vertrag“ nur in einem Nebensatz auf.

Triebkraft für das Abkommen war militärisch: Im Zweiten Weltkrieg hatte die deutsche Marine aus Verstecken in der subantarktischen Inselwelt heraus englische Schiffe angegriffen. 1947 übten Tausende US-Soldaten eine mögliche Invasion der Sowjetunion über das nördliche Eismeer. Die Sowjetunion wiederum wurde in den 1950er Jahren unter dem Deckmantel der Forschung immer aktiver in der Südpolarregion.

Verstärkt durch den Schock, den der Start des Sputnik auslöste, wuchs in Washington wie in Moskau die Furcht, die andere Supermacht könne den Willen und die Kapazität haben, die Antarktis als Atomwaffenbasis zu nutzen.

Binnen sechs Wochen wurde 1959 ein Vertrag ausgehandelt, der den sechsten Kontinent kurzerhand zur kernwaffenfreien Zone erklärte. Alle militärischen Stützpunkte und Manöver wurden verboten. Einzig friedliche wissenschaftliche Aktivitäten sollten erlaubt sein.

Neben den USA und Russland waren Vertragspartner unter anderem die „Territorialstaaten“ England, Norwegen, Frankreich, Neuseeland, Australien, Chile und Argentinien. Deren Gebietsansprüche legte der „Antarktis-Vertrag“ erst einmal auf Eis und räumte allen Ländern mit Forschungsinteressen in der Antarktis das Recht ein, sich an der Verwaltung des Kontinents zu beteiligen. Auch die Bundesrepublik ist seit 1981 Mitglied in diesem Klub. Inzwischen wurde der Ausgangsvertrag durch viele Neben- und Zusatzabkommen ergänzt: Beispielsweise für den Schutz von Flora und Fauna, durch eine Robben-Konvention und seit 1982 durch die „Konvention zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze“. **REINHARD WOLFF**

Worüber streiten sie?

Bei der Bremerhavener Tagung der Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis, CCAMLR

(www.ccamlr.org), die aus 24 Staaten und der EU besteht, liegen zwei Vorschläge auf dem Tisch: Die USA und Neuseeland propagieren die Ausweisung eines Meeresschutzgebiets von 2,3 Millionen Quadratkilometern im Rossmeer, von dem 1,6 Mio. km² für jegliche Ressourcenentnahme gesperrt werden sollen. Australien, Frankreich und die EU wollen eine Kette von Schutzgebieten von zusammen 1,63 Mio. km² vor der ostantarktischen Küste.

Würden beide Vorschläge verwirklicht, würde sich die Fläche der bisherigen Meeresschutzgebiete verdoppeln. Der Versuch einer ersten Einigung auf diese Schutzgebiete war im Herbst 2012 im australischen Hobart am Widerstand Norwegens, Chinas und Russlands gescheitert. Russland gilt auch jetzt als unsicherer Kandidat für eine Einigung. (rw)

Südlich des 60. Breitengrades

UMWELT Kommission debattiert über Sonderstatus für das Rossmeer und die Ostantarktis

VON REINHARD WOLFF

STOCKHOLM taz | „Wenn Konferenzteilnehmer um Details feilschen, muss sie jemand daran erinnern, worum es eigentlich geht“, sagt Peter Young. Der neuseeländische Regisseur ist nach Bremerhaven gereist, damit dieses Gesamtbild und die Bedeutung dessen, um „was es geht“, dort nicht vergessen wird: die Zukunft der Antarktis.

In der deutschen Hafenstadt treffen sich am Montag und Dienstag hinter verschlossenen Türen die Delegierten der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis“ (CCAMLR). Auf ihrer Tagungsordnung steht die Entscheidung darüber, ob gewaltige neue Meeresschutzregionen eingerichtet werden: Es handelt sich um Areale, die vor den Küsten der Antarktis liegen. Über eines dieser Meeresgebiete hat Young einen preisgekrönten Dokumentarfilm gedreht: „The last ocean“.

Als „The last ocean“ bezeichnen Young und auch viele WissenschaftlerInnen und Umwelt-

schützer das Rossmeer vor der antarktischen Südküste: ein einzigartiges Ökosystem, von industrieller Verschmutzung nicht betroffen und von Überfischung weitgehend verschont. Noch.

Die internationalen Fischfangflotten haben die marinen Ressourcen dieses Meeres, das zu den produktivsten unseres Planeten gehört, längst entdeckt und bedrohen das empfindliche Gleichgewicht der Natur. Der dort gefangene Seehecht oder Antarktisdorsch gilt als „weißes Gold“ und erzielt höchste Preise auf den Märkten.

Machen die CCAMLR-Delegierten die Arbeit, zu der die Bundesregierung sie nach Bremerhaven eingeladen hat, dann hätte der „last ocean“ eine reelle Chance, seinen besonderen Status auch in Zukunft behalten zu können. Als die „Konvention zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze in der Antarktis“ (CAMLR) 1982 abgefasst wurde, verpflichteten sich die Vertragspartner gegenseitig, die Nutzung der Fischbestände in den Südpolar-Gewässern so zu beschrän-

ken, dass keine Art in ihrem Bestand gefährdet oder das ökologische Gleichgewicht gestört werden würde. Das galt seinerzeit als großer Fortschritt und war eine Reaktion auf vorangegangene katastrophale Fehlentwicklungen.

Vom Kleinkrebs lernen

Wie die beim Krill. In diesem fünf bis sieben Zentimeter langen Kleinkrebs, der im antarktischen Meer in großen Schwärmen auftritt und Walen, Robben, Pinguinen und anderen Vögeln als Hauptnahrung dient, sah man in den 1970ern eine nahezu unerschöpfliche Proteinreserve für eine wachsende Erdbevölkerung.

Doch die kilometerlangen Krillschwärme, von denen sich Forscher zur Annahme eines Bestands von über einer Milliarde Tonnen hatten verleiten lassen, erwiesen sich als trügerisch. Wachstum, Lebenszyklus und Laichrhythmus der nur zwei Gramm schweren Tieren waren völlig falsch eingeschätzt worden. Spätestens seit damals

ist klar: Den Fang von marinen Ressourcen auf ein nicht bestandsgefährdendes Niveau beschränken zu wollen, ohne sicher zu wissen, wie groß die Bestände überhaupt sind – das kann nicht funktionieren. Das oft mangelhafte Grundwissen erschwert die Arbeit der CCAMLR.

Auch bestimmt im – in der CCAMLR herrschenden – Konsensprinzip im Zweifel das Land das Tempo, dem Umweltschutz am meisten schnuppe ist. Es wäre viel effektiver, Gebiete auszuweisen, in denen grundsätzlich jeder Fang verboten ist.

Allerdings sollen die jetzt vorgeschlagenen Schutzzonen zeitlich zunächst bis 2043 beziehungsweise 2064 befristet werden. Zudem wurde der geplante Rossmeer-Schutz aufgeweicht: In einem Drittel des dortigen Areals soll auch künftig unter anderem der profitable Seehechtfang erlaubt bleiben. Was natürlich alles andere als ideal sei, meint Peter Young: „Aber es wäre ein bedeutender erster Schritt gemacht, das Meer für künftige Generationen zu erhalten.“

Stefan Hain

ist Leiter der Stabsstelle Umweltpolitik am Bremerhavener Alfred-Wegener-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polarforschung.



Foto: AWI

„Für Pinguine, Robben und Wale einzigartig“

ARTENVIELFALT Der Meeres- und Polarforscher Stefan Hain über den Nutzen von Schutzzonen und das sensible System der Antarktis

taz: Herr Hain, wie groß sind die Chancen, dass sich in Bremerhaven alle einig werden?

Stefan Hain: Bei der Tagung stoßen unterschiedliche Interessen aufeinander. In der Kommission finden sich einerseits Staaten, die Fischerei betreiben, andererseits Länder, bei denen umweltpolitische Interessen im Vordergrund stehen. Ich hoffe, dass die Vorschläge für die Schutzgebiete im Rossmeer und in der Ostantarktis angenommen werden.

Welche Interessen vertritt Deutschland?

Der Meeresschutz liegt Deutschland sehr am Herzen. 30 Prozent der nationalen Gewässer, zum Beispiel das Wattenmeer, sind bereits geschützt. Auch bei der Einrichtung von Schutzgebieten auf hoher See hat Deutschland eine führende Rolle. Unter Federführung des Alfred-Wegener-Instituts forscht Deutschland seit über 30 Jahren im Weddellmeer, dem größten der rund 14 Randmeere des Südlichen Ozeans am antarktischen Kontinent.

Was genau soll nun geschützt werden?

Die Antarktis ist weltweit einer der intaktesten Lebensräume mit weitgehend unberührten Lebensgemeinschaften. Im Rossmeer und in der Ostantarktis soll nicht nur das Fischen, das bisher erlaubt ist, reguliert und eingeschränkt werden. Die Vorschläge sehen Gebiete vor, wo die Fischerei ganz verboten ist, und Zonen, wo gefischt werden darf – allerdings mit Auflagen und Kontrollen, die sicherstellen, dass die Bestände nachhaltig und umweltfreundlich genutzt werden. Die gesamte Region bie-

tet auch einen einzigartigen Lebensraum etwa für Pinguine, Robben oder Wale. Am Meeresboden findet sich eine faszinierende Organismenwelt, in ihrer Vielfalt und Schönheit vergleichbar mit tropischen Korallenriffen.

Ein Beispiel?

Hier gibt es großflächige, waldähnliche Schwammgemeinschaften am Meeresboden. Einzelne Schwämme werden bis zu 1,80 Meter hoch und bieten ihrerseits Raum für Tausende von Lebenswesen. Es handelt sich bei

der Unterwasserwelt also um ein sehr sensibles System.

Droht der Abbau von Rohstoffen am Meeresgrund das antarktische Meer zu gefährden?

Nein. Das in 1991 beschlossene Umweltschutzprotokoll zum Antarktisvertrag verbietet alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen in den Südpolargebieten südlich des 60. Breitengrads, also auch den Abbau mineralischer Rohstoffe, einschließlich der Exploration und Förderung von Öl und Gas. **INTERVIEW: BEHRANG SAMSAMI**